



NEWSLETTER

In dieser Ausgabe:

- | | |
|--|---|
| Im Gespräch mit den
Nürnberger Nachrichten | 2 |
| Besuch bei KURZ und BRUDER | |
| Präsidentenwahlen in den USA | |
| Spürbare Entlastung für Familien | 3 |
| Härtere Strafen gegen Pädokriminelle | |
| Für Menschen mit Behinderung eine
wirkliche Hilfe im Alltag | |
| Christian Schmidt erhält Czech and
Slovak Transatlantic Award | 4 |
| Botschafterkonferenz zum
westlichen Balkan | |
| Union stärkt Apotheken vor Ort | |
| Christian Schmidt wieder für
den Bundestag vorgeschlagen | 5 |
| Perspektiven für die
Landwirtschaft | 6 |
| Deutsches Rundfunkmuseum –
Das war's! | |
| 700 Jahre Seukendorf –
Schmidt spendet Birnbaum | |

IMPRESSUM

Hrsg.: Christian Schmidt MdB,
CSU im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 71630
Fax: 030 / 227 76962
E-Mail:
christian.schmidt@bundestag.de
Bildnachweis: Thomas Lothar (Seite 1)

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich Willkommen beim neuen Newsletter SCHMIDT AKTUELL.

Viele von Ihnen haben lange Zeit den „Brief aus Berlin“ erhalten. Ab sofort senden wir Ihnen den neuen Newsletter SCHMIDT AKTUELL, der Sie noch prägnanter über das informiert, was uns in Deutschland, in Bayern und in Franken bewegt, was ich in Berlin mitbewirken kann und über welche Themen man reden muss.

Der Newsletter SCHMIDT AKTUELL ist elektronisch per Anmeldung unter christian.schmidt.ma05@bundestag.de zu bekommen. Im Ausnahmefall schicken wir ihn aber auch gerne postalisch zu.

Ich hoffe, dass Sie mit dem neuen Newsletter eine Reihe von Informationen bekommen. Für Kommentare und Vorschläge sind wir dankbar.

Herzliche Grüße

Ihr Christian Schmidt MdB
Bundesminister a.D.

Mit Klarheit und Verlässlichkeit durch die Corona-Pandemie

Die Bewältigung der Pandemie ist für uns alle ein historischer Kraftakt. Mit mehreren Milliarden Hilfen wollen wir der Krise möglichst wirksam entgegentreten.

Unser Land stemmt sich in beeindruckender Weise gegen die Pandemie. Auch der Deutsche Bundestag nimmt seine Rolle wahr. Wir werden diese Woche mit einem geänderten Bevölkerungsschutzgesetz auch Rechtssicherheit und Demokratie wahren.

Wir präzisieren die Maßnahmen wie Maskenpflicht, Kontaktbeschränkungen oder Schließung der Gastronomie, die von den Ländern zur Eindämmung der Corona-Pandemie getroffen werden können. Präzisierungen sind wegen der länger andauernden Pandemielage und der damit verbundenen längeren Dauer der Maßnahmen hilfreich.

Für Eltern verlängern wir die Regelung zur Entschädigung eines Verdienstausfalls bis 31.03.2021, wenn ihre Kinder wegen Schul- oder Kitaschließungen von ihnen betreut werden müssen. Zusätzlich erweitern wir diese Regelung auf Fälle, in denen Kinder in Quarantäne geschickt werden, die Schule aber geöffnet bleibt.

Eine Entschädigung wird es nicht mehr geben, wenn jemand eine vermeidbare Reise in ein Risikogebiet unternimmt und danach in Quarantäne muss. Wir erweitern auch die Testkapazitäten. Künftig dürfen Laboruntersuchungen auf das Coronavirus auch durch veterinärmedizinisch-technische Assistenten durchgeführt werden. Neben Humanmedizinerinnen dürfen dann auch Zahn- und Tierärzte das Coronavirus nachweisen. Schnelltests können in Kürze auch von nicht-medizinischem Personal angewendet werden.



© Thommy Weiss / PIXELIO



Ausgabe 1 / November 2020

Im Gespräch mit den Nürnberger Nachrichten



Foto: Meyer

Christian Schmidt und Peter Beyer beim Besuch der Zentralredaktion von Nürnberger Nachrichten, Nürnberger Zeitung und nordbayern.de. Mit Manuel Kugler, stellv. Ressortleiter der Redaktion Politik und Wirtschaft, sprachen sie über Trump und Biden sowie den US-Truppenabzug.

Das Interview finden Sie unter www.christian-schmidt.de

Besuch bei KURZ und BRUDER



Die beiden Abgeordneten nutzten die Gelegenheit, um die beiden Firmen LEONHARD KURZ Stiftung und BRUDER Spielwaren zu besuchen und wichtige Eindrücke über deren Fertigungspalette und auch über Fragen des Wettbewerbs und Exports zu gewinnen.



Foto: Meyer

Präsidentenwahlen in den USA Jetzt kommt es auf Europa an

Joe Biden wird der 46. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika werden. Er ist ein gerade auch in den internationalen Beziehungen erfahrener Politiker. Mit ihm wird eine konstruktivere Zusammenarbeit möglich sein als mit seinem Vorgänger. Eins sollte uns aber klar sein:

Die Amerikaner wählen nicht, um den Europäern einen Gefallen zu tun, sondern sie wählen ihren Präsidenten, von dem sie erwarten, dass er ihre Interessen vertritt. Und auch Joe Biden wird, wenn auch in einem anderen Tonfall, von den Europäern im internationalen Bereich viel mehr Eigenleistung verlangen.

Insofern liegt es jetzt an Europa, allen voran an Deutschland und Frankreich, die eigene strategische Situation in der Welt klar zu definieren und entsprechend zu handeln: Wo müssen wir uns mehr engagieren, politisch, im Zweifel auch militärisch, um in unserer Nachbarschaft Frieden und Sicherheit zu gewährleisten? Welche Allianzen/Netzwerke müssen wir weltweit schmieden, um langfristig unsere Interessen zu verteidigen? China etwa hat das ehrgeizige Ziel ausgegeben, bis Mitte des Jahrhunderts die weltweit dominierende Macht zu werden. Die Weltordnung verabschiedet sich gerade von den vertrauten Mustern der zweiten Hälfte des



v.l.n.r. Christian Schmidt, Meghan Gregonis, Peter Beyer, Evi Kurz und Prof. Dr. Stefan Fröhlich.
Foto: LEZ

20. Jahrhunderts. In Deutschland und Europa muss eine neue strategische Diskussion beginnen! Die Deutsche Atlantische Gesellschaft trägt ihren Teil dazu bei. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe "Alte Freunde - neue Partner? Die US-Präsidentschaftswahl 2020" hatte sie zu einer Podiumsdiskussion zum Thema "Die Zukunft der Transatlantischen Zusammenarbeit" im Oktober nach Fürth geladen.

Für Christian Schmidt war es als Präsident der DAG eine große Freude, seinen Kollegen im Deutschen Bundestag und Koordinator für die Transatlantischen Beziehungen der Bundesregierung, Peter Beyer im Ludwig Erhard-Zentrum als Gast begrüßen zu können. Außerdem waren Prof. Dr. Stefan Fröhlich, Lehrstuhl für Internationale Beziehungen der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, sowie Meghan Gregonis, US-General-Konsulin in München, und Kathrin Geck, Startup-Unternehmerin und ehemalige Teilnehmerin des Parlamentarischen Patentschafts Programms, dabei. Die Moderation übernahm der ehemalige Hörfunkdirektor des Bayerischen Rundfunks Martin Wagner.



Die Diskussion streifte die verschiedenen Aspekte der transatlantischen Zusammenarbeit. In der Außen-, Handels- und Verteidigungspolitik hat es unter US-Präsident Donald Trump immer wieder Irritationen gegeben. Grundsätzlich sind die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA durch jahrelange Freundschaft und intensiven Austausch geprägt. Das wissen gerade auch die Menschen in Franken mit den zahlreichen dort stationierten US-Soldaten. Es liegt jetzt an den Regierungen auf beiden Seiten, einen vertrauensvollen Dialog aufzunehmen.



Fotos: Meyer



Ausgabe 1 / November 2020

#CSU LIEFERT

Spürbare Entlastung für Familien

#CSU LIEFERT

Der Deutsche Bundestag hat in 2./3. Lesung das Zweite Familienentlastungsgesetz beschlossen. Dazu erklärt Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB:

„Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen werden Familien in Deutschland zum Jahreswechsel entlastet. Das ‚Zweite Familienentlastungsgesetz‘ trägt die Handschrift unserer CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Das Vorhaben ist uns eine Herzensangelegenheit und ein zentrales Anliegen aus dem Koalitionsvertrag: Es gibt eine Erhöhung beim Kindergeld von 15 Euro und eine entsprechende Anpassung der Freibeträge. Das heißt: Das Kindergeld für das erste und zweite Kind steigt – jeweils – auf 219 Euro, für das dritte Kind auf 225 Euro und für das vierte



und für jedes weitere Kind jeweils auf 250 Euro pro Monat. Außerdem werden zur steuerlichen Freistellung des steuerlichen Existenzminimums der Grundfreibetrag angehoben sowie zum Ausgleich der kalten Progression der Einkommensteuertarif geglättet.

Um es klar zu sagen: Auf unsere Initiative hin wird seit nunmehr acht Jahren die kalte Progression wirksam bekämpft und regelmäßig ausgeglichen.

Das alles zusammen mit den Maßnahmen aus dem Ersten Familienentlastungsgesetz, der Einführung des Baukindergeldes und der Zahlung des Kinderbonus ist ein starkes Signal in dieser Legislaturperiode. Damit stellen wir einmal mehr klar, dass für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Familienpolitik eine besondere Priorität besitzt.“

Härtere Strafen gegen Pädokriminelle – besserer Schutz für Kinder

1. Lesung „Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder“ am 30.10.2020

Fast 16.000 Kinder und Jugendliche wurden 2019 in Deutschland Opfer sexueller Übergriffe. In den vergangenen Jahren konnten zwar beeindruckende Ermittlungsergebnisse erzielt werden – aber die Dunkelziffer ist vermutlich sehr hoch. Mit dem nun im Bundestag in erster Lesung diskutierten „Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder“ werden Kinder besser geschützt – dafür werden zahlreiche langjährige Forderungen der Union endlich umgesetzt.



© Simone Hainz / PIXELIO

So stuft man die Verbreitung, den Besitz und die Besitzverschaffung von Kinderpornografie endlich zum Verbrechen hoch. Für die Verbreitung von Kinderpornografie sieht das Gesetz eine Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren vor (bisher drei Monate bis fünf Jahre). Das gewerbs- und bandenmäßige Verbreiten soll künftig mit Freiheitsstrafen von zwei bis 15 Jahren geahndet werden können (bisher sechs Monate bis zehn Jahre). Zudem sieht das neue Gesetz eine effektivere Strafverfolgung, mehr Prävention und eine bessere Qualifizierung der Justizbehörden vor.

Ein weiterer wichtiger Punkt, in dem sich die Union durchgesetzt hat, betrifft die Fristen für die Aufnahme von relevanten Verurteilungen in Führungszeugnisse: So werden künftig kinderschutzrelevante Verbrechen erst nach zwanzig Jahren aus dem erweiterten Führungszeugnis gelöscht. Auf diese Weise verhindert man, dass pädophil veranlagte Täter etwa als Jugendtrainer in engen Kontakt mit Kindern kommen können.

Für Menschen mit Behinderung eine wirkliche Hilfe im Alltag

Christian Schmidt MdB erklärt zum Gesetz zur Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen, über das der Bundestag in 2./3. Lesung abgestimmt hat:

„Mit diesem Gesetz ist dem Bundestag ein großer Wurf gelungen. Mit der Verdoppelung der Behinderten-Pauschbeträge und der Aktualisierung der Systematik erfahren die Betroffenen eine wirkliche Hilfe im Alltag. Wir dürfen schließlich nicht vergessen, dass mehr als sieben Millionen Menschen mit Behinderung in Deutschland nicht durch Einrichtungen oder besondere Dienste der Behindertenhilfe unterstützt werden.

So wird der Betrag bei einem Grad der Behinderung von 50 Prozent auf 1.140 Euro steigen, bei 100 Prozent auf 2.840 Euro. Auch wird eine Pauschale künftig bereits bei einem Grad der Behinderung von 20 Prozent gewährt. Die Erhöhung und Ausweitung vermeidet in vielen Fällen den Einzelnachweis von Aufwendungen. Zudem soll ein behinderungsbedingter Fahrkosten-Pauschbetrag eingeführt werden. Bei einem Grad der Behinderung kleiner als 50 soll künftig auf die zusätzlichen Anspruchsvoraussetzungen zur Gewährung des Pauschbetrags verzichtet werden.



© Thommy Weiss / PIXELIO

Der Pflege-Pauschbetrag bei der Pflege von Personen mit den Pflegegraden 4 und 5 soll erhöht und für die Pflege von Personen mit den Pflegegraden 2 und 3 neu eingeführt werden. Der Pflege-Pauschbetrag soll künftig auch unabhängig vom Vorliegen des Kriteriums 'hilfflos' bei der zu pflegenden Person geltend gemacht werden können. Aus gutem Grund hatten auch alle Sachverständigen diesem Vorhaben zugestimmt.“



Ausgabe 1 / November 2020

Christian Schmidt erhält Czech and Slovak Transatlantic Award



v.l.n.r.: Rastislav Káčer, Christian Schmidt, Zbyněk Pavlačík, Miroslav Lajčák, Alexandr Vondra.
Foto: Dalibor Andrysek, Jagello 2000.

Christian Schmidt hat den Czech and Slovak Transatlantic Award für das Jahr 2020 erhalten. Dieser wird von den tschechischen und slowakischen Partnerorganisationen der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, Jagello 2000 und Globsec, verliehen.

Mit diesem Preis wurde Schmidt für seine Verdienste um die transatlantischen Beziehungen und die Integration der mitteleuropäischen Staaten in das transatlantische Bündnis ausgezeichnet. Die Verleihung fand im Rahmen der jährlich stattfindenden NATO Days and Czech Air Force Days in Ostrava in Tschechien statt. Coronabedingt wurden die Veran-

staltungen, die sonst in der Bevölkerung regen Zuspruch finden, in der Teilnehmerzahl stark zurückgefahren.

In seiner Dankesrede erinnerte Christian Schmidt an die freiheitliche Tradition des Prager Frühlings und der samtenen Revolution in der damaligen Tschechoslowakei. Mittlerweile leisten die Staaten Ost- und Mitteleuropas einen wichtigen Beitrag zur europäischen und transatlantischen Sicherheit. Die Begleitung des deutsch-tschechoslowakischen Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit gehörte in den frühen 90er Jahren zu Schmidts ersten Berichterstattungen als Abgeordneter. Aktuell ist er Ko-Vorsitzender des von den Regierungen eingesetzten Deutsch-Tschechischen Gesprächsforums. Der zweite Preisträger in diesem Jahr war Miroslav Lajčák, ehemaliger slowakischer Außenminister und seit dem Frühjahr 2020 Sondergesandter der Europäischen Union für den serbisch-kosovarischen Dialog.

Botschafterkonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung zum westlichen Balkan

Der westliche Balkan ist eine Region, der wir uns in Zukunft noch verstärkt zuwenden müssen. Es geht darum, die Nachfolgestaaten Jugoslawiens und Albanien dauerhaft an die EU und die NATO zu binden. Andernfalls werden sie zunehmend unter russischen, chinesischen oder auch türkischen Einfluss geraten, was nicht in unserem Interesse liegen kann.

In diesem Jahr wurde für Albanien und Nordmazedonien der Weg für Beitrittsgespräche zur Europäischen Union freigemacht. Serbien und Montenegro befinden sich bereits im Prozess, für das Kosovo und Bosnien-Herzegowina müssen zunächst noch grundsätzliche Fragen geklärt werden. In den Staaten sind wichtige Reformschritte in Richtung Rechtsstaatlichkeit in die Wege geleitet worden. Allerdings müssen diese noch langfristig und umfassend umgesetzt werden, bevor ein Beitritt zur EU erfolgen kann.

Als Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für den Westlichen Balkan im Auswärtigen Ausschuss hat Christian Schmidt am 7. September an einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten Konferenz mit den Botschaftern der Staaten aus der Region teilgenommen. Es war eine Möglichkeit, in offener Diskussion über den aktuellen Stand zu sprechen und die gegenseitigen Perspektiven deutlich zu machen. Besonders wichtig war, dass auch der US-Sonderbeauftragte für den Westlichen Balkan, Matthew Palmer, in Berlin dabei war. Seit den 90er Jahren hat sich gezeigt, dass Fortschritte hin zu Frieden und Demokratie in der Region immer dann gelangen, wenn Europa und die USA gut zusammengearbeitet haben.



Fotos: Marco Urban für KAS

Union stärkt Apotheken vor Ort

Christian Schmidt MdB zum Gesetz zur Stärkung der Vor-Ort-Apotheken:

„Für die sichere Gesundheitsversorgung sind die Apotheken vor Ort zentral. Sie sorgen für eine verlässliche Versorgung mit Medikamenten sowie qualifizierter, persönlicher Beratung und stehen den Patientinnen und Patienten auch mit Nacht- und Notdiensten zur Verfügung.

Gerade in der Corona-Pandemie haben wir einmal mehr bemerkt, dass auch die flächendeckende Apothekenlandschaft ein unerlässlicher Baustein der Gesundheitsversorgung ist, so wurden dort beispielsweise bei Knappheit eigene Desinfektionsmittel hergestellt.

Mit dem Apothekenstärkungsgesetz beenden wir nun endlich, soweit es europarechtlich möglich ist, das Ungleichgewicht, das nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom Oktober 2016 entstanden war. Nach dem Urteil konnten ausländische Versandapotheken (die sich nicht an den Notdiensten beteiligen müssen) ihren Medikamentenabgabepreis frei festlegen und Rabatte gewähren, während unsere heimischen Apotheker an die Festpreise gebunden waren. Mit dem Gesetz werden außerdem zusätzliche pharmazeutische Dienstleistungen eingeführt, auf die gesetzlich Krankenversicherte einen Anspruch erhalten und für welche die Apotheken vergütet werden.

Für Apotheker wird auch der Zuschlag auf den Botendienst, den wir während der Corona-Pandemie befristet eingeführt hatten, verstetigt.“



Ausgabe 1 / November 2020

CSU-Bundeswahlkreiskonferenz 243 Fürth

Christian Schmidt wieder für den Bundestag vorgeschlagen

Die Bundeswahlkreiskonferenz der CSU, BWK, wird Christian Schmidt wieder als Bewerber für den Deutschen Bundestag vorschlagen. Nach einstimmigem Beschluss werden die beteiligten Kreisverbände dies auch der aus 160 Delegierten bestehenden Nominierungsversammlung im BWK vorschlagen, die voraussichtlich im März nächsten Jahres tagen wird. Auch auf der Landesliste der CSU soll Schmidt wieder einen herausgehobenen Platz erhalten.

Die drei Kreisvorsitzenden der CSU, Stadtrat Dr. Michael Au, Stadt Fürth, Landrat Matthias Dießl, Landkreis Fürth, und Hans Herold MdL, Kreisverband Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim, hoben dabei die ausgesprochen gute Zusammenarbeit mit Schmidt hervor, „von übergeordneten Themen bis hin zu Einzelprojekten in den Städten, Landkreisen und Gemeinden“. Er habe zusätzlich zu seinen nationalen und internationalen Funktionen in der Vergangenheit viel für die Region bewirken können.

Engagement von Christian Schmidt gelobt

Als Nachfolger von Dr. Werner Dollinger ist der Jurist Schmidt seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages und dort mit vielfältigen Funktionen betraut. Er war Bundesminister und Parlamentarischer Staatssekretär in verschiedenen Ressorts, seit 2006 ist er u.a. auch Präsident der Deutschen Atlantischen Gesellschaft. Schmidt freute sich über das eindeutige Votum seiner Parteifreunde und sicherte zu, „selbstverständlich auch künftig mit Freude und Engagement“ für Deutschland, internationale Aufgaben und seine Heimat wirken zu wollen, „wenn die Wählerinnen und Wähler mir wieder das Vertrauen schenken“. Die Bundeswahlkreiskonferenz ist lt. Satzung der CSU ein Gremium zur inhaltlichen und organisatorischen Abstimmung der verschiedenen politischen Ebenen im Gebiet des Bundeswahlkreises (BWK). Der BWK Fürth umfasst derzeit die Landkreise Fürth und Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim sowie die Stadt Fürth. Der Konferenz gehören hauptsächlich die Mandatsträger und Kreisvorsitzenden von CSU, Junger Union, Frauen-Union und Senioren-Union an.

Umfassende Wahlrechtsreform vertagt

Auch wenn es für das Wahljahr 2021 keine umfassende Reform des Wahlrechts geben werde, steht bekanntlich aktuell der Neuzuschnitt des BWK Fürth an. Wie berichtet, werden die Gemeinden Dachsbach, Gerhardshofen und Uehlfeld dem Bundeswahlkreis Erlangen zugeordnet, weil der BWK Fürth „zu groß“ und der BWK Erlangen „zu klein“ ist und damit beide vom Durchschnit abweichen.

Wegen der Änderung fand die Tagung der CSU auch in Dachsbach statt. Der künftig dafür zuständige Abgeordnete Stefan Müller versicherte, dass für die drei Gemeinden kein Nachteil entstehen werde. Er und Schmidt pflegten seit Jahren eine aus-



v.l.n.r.: Matthias Dießl, CSU-Kreisvorsitzender Fürth-Land, Stefan Müller MdB, Christian Schmidt MdB, Dr. Michael Au, CSU-Kreisvorsitzender Fürth-Stadt, Petra Guttenberger, MdL, Fürth-Stadt. Foto: Peter Müller

gesprochen gute Zusammenarbeit und der „überschaubare Einschnitt“ sei auch insofern leicht zu bewältigen, als es bereits auf kommunaler Ebene gemeinsame Projekte zwischen Gemeinden aus dem Aischgrund und aus dem Landkreis Erlangen-Höchstadt gebe. Mit dem Aischgrund sei er „auch insofern bestens vertraut“, weil der gebürtige Neustädter dort aufgewachsen sei.

Stefan Müller betreut künftig Teile des Aischgrunds

Als Wahlkreisabgeordneter vertritt Stefan Müller seit 2002 Erlangen und Erlangen-Höchstadt im Deutschen Bundestag und ist derzeit Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe. Er war auch schon Parlamentarischer Staatssekretär und vier Jahre Landesvorsitzender der Jungen Union, um nur einige wenige Stationen zu nennen.

Zu seinem Bedauern konnte bei einer geplanten umfassenden Reform des Wahlrechts kein Einvernehmen erreicht werden. Ziel bleibe eine Reduzierung der Zahl der Mandatsträger, aber nicht ausschließlich auf Kosten der Wahlkreise. Die Wahlkreisarbeit mit entsprechender Betreuung und vielfältigen Kontakten zwischen Bürgern und Abgeordneten sei eine wesentliche Klammer und für demokratische Entscheidungswege unverzichtbar.

Erschwerte Parteiarbeit wegen Corona

Die Tagung fand unter strengster Einhaltung der Corona-Regeln statt, eine für Christian Schmidt „ausgesprochen missliche Situation für die gesamte Parteiarbeit, weil parteiinterne Neuwahlen und die Wahl von Delegierten in die Nominierungsgremien anstehen, die derzeit nur unter erschwerten Bedingungen stattfinden können“. Bei ausschließlich virtuellen Tagungen sieht Schmidt die Parteiarbeit „im Notbetrieb“, weil das Wesentliche, nämlich die persönlichen Kontakte und der Meinungsaustausch „von Angesicht zu Angesicht“ derzeit erheblich eingeschränkt sind.

In seinem aktuellen Bericht ging Schmidt unter anderem auf die sozialen und ökonomischen Folgen der Pandemie ein, „und dennoch dürfen wir nicht ohne Ende Geld ausgeben, als gäbe es kein Morgen“. Auch er gehöre zu den Abgeordneten, die sich bei schwerwiegenden Entscheidungen, die pandemiebedingte Einschränkungen zur Folge haben, mehr parlamentarische Beteiligung wünschen.

Neuwahlen ohne personelle Veränderungen

Schon fast eine Formsache war dann die von Bezirks- und Bundeswahlkreisgeschäftsführer Werner Stieglitz geleitete Neuwahl der Funktionen in der Bundeswahlkreiskonferenz. Jeweils ohne Gegenstimmen wurde Christian Schmidt wieder zum Vorsitzenden gewählt, sein Stellvertreter bleibt der Seukendorfer Matthias Dießl und die Finanzen werden auch künftig von Schatzmeister Otmar Eder aus Langenfeld verwaltet.



Ausgabe 1 / November 2020

Perspektiven für die Landwirtschaft



„Unsere Bauernfamilien bekommen Planungssicherheit und Verlässlichkeit!“ Mit dieser Feststellung begrüßte der frühere Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt, MdB, den Beschluss der EU-Landwirtschaftsminister zur gemeinsamen Agrarpolitik, der den Rahmen bis zum Jahr 2027 setzt.

Als systemrelevante Gruppe, die auch in Corona-Zeiten für eine sichere und qualitativ hochwertige Lebensmittelversorgung stehe, sei die Landwirtschaft auf verlässliche agrarpolitische Rahmenbedingungen unter dem Gebot der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes angewiesen, so Schmidt.

Diese hätte Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner, CDU, gemeinsam mit der Mehrheit der EU-Agrarminister mittels eines ausgewogenen Beschlusses in der vergangenen Woche in Luxemburg erreicht. Dieser Beschluss gibt den Weg für eine tragfähige Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft frei. Klimaschutz und Nachhaltigkeit in der Natur sind nur dann zu erreichen, wenn die Landwirte, die sich gerade hierum kümmern sollen, dies auch wirtschaftlich schultern können. Deswegen ist es gut, dass das „Zwei-Säulen-Modell“ der Direktzahlungen – wie auch von mir immer gefordert und konzipiert – erhalten bleibt und mit den Eco-Schemes aber besser ökologisch ausgestaltet wird.

Als Übergang zum neuen Agrarsystem würden die bisherigen Regelungen in den Jahren 2021 und 2022 beibehalten. Neben der „Grünen Architektur“ sollen vor allem kleine und mittlere Betriebe besonders unterstützt werden. Wir brauchen keine Förderung per Gießkanne, sondern gezielte Unterstützung derjenigen, welche die ländliche Struktur wesentlich tragen.

Diese würde vorrangig auf einen erweiterten Klima- und Naturschutz sowie auf eine erhöhte Biodiversität abzielen, erklärte der frühere Bundeslandwirtschaftsminister. Konkret würde dies bedeuten, dass die Direktzahlungen in der ersten Säule erhalten blieben. Allerdings mit zusätzlichen ökologischen Auflagen, den sogenannten „Eco-Schemes“.

In der zweiten Säule sollen die Mitgliedsstaaten über das Anforderungsprofil der ersten Säule hinaus noch weitere freiwillige Agrarumweltmaßnahmen anbieten können. Ein Bereich, der in Bayern bereits vorbildlich genutzt werde.

Christian Schmidt: „Ich halte das Ergebnis für ein gutes Zeichen zum Erhalt unserer bäuerlichen Landwirtschaft, für verlässliche Perspektiven im ländlichen Raum und für einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Erreichung der europäischen Klimaschutzziele.“ Jetzt käme es darauf an, in den anstehenden Verhandlungen zwischen dem Agrarrat, der EU-Kommission und dem EU-Parlament, diese Ergebnisse zu verfestigen.

Dabei sei klarzulegen, dass zusätzliche ökologische Leistungen auch eine ökonomische Basis brauchen und dass strukturelle Elemente für eine bäuerliche Landwirtschaft über eine „erste Hektare-Regelung“ zu verankern sind. Dafür werde sich die CSU im Deutschen Bundestag, genauso wie die EVP-Fraktion im EU-Parlament tatkräftig einsetzen, erklärte Christian Schmidt.

Deutsches Rundfunkmuseum – Das wär’s!

Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB, Petra Guttenberger MdL und Max Ammon, Fraktionschef CSU Fürth, nahmen gerne die Einladung des Rundfunkmuseums Fürth an und die Bitte, dieses auf den Weg zum Deutschen Rundfunkmuseum zu begleiten.

Ziel ist es, ein überregional wirkendes interaktives Museum auf den Weg zu bringen und dabei den alten Grundig-Standort mit neuem, innovativem Leben zu füllen. Schmidt sagte denn auch zu, Fördermöglichkeiten auf Bundesebene

prüfen zu lassen. Gerade die Möglichkeit, an einem historischen Ort der Rundfunk- und Mediengeschichte eine solche Einrichtung auf den Weg zu bringen, sieht er hier als wichtiges Gut.

„Mir ist es wichtig, die Geschichte von Rundfunk und die Entwicklungen drum herum, vom Plattenspieler bis zur Beschallungsanlage und ihre Bedeutung für die jeweiligen positiven, wie negativen Entwicklungsschritte besser ins Licht zu rücken“, sagt Guttenberger und hatte deshalb im Vorfeld etwaige Fördermöglichkeiten ausgelotet und an das Rundfunkmuseum weitergetragen.

Den Themenbereich Erbbauzinsen, u.ä., versprach Max Ammon auf kommunaler Ebene positiv mit voranzubringen.

Denn einig waren sich alle: Ein Deutsches Rundfunkmuseum mit Sitz in Fürth – das wäre nicht nur ein Impuls für den Tourismus und die Wirtschaft, sondern vieles mehr!



Foto: Rundfunkmuseum

700 Jahre Seukendorf – Schmidt spendet Birnbaum



Foto: Marga Hetzner

Anlässlich der 700-Jahrfeier der Gemeinde Seukendorf hat Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB einen Birnbaum gespendet.

Gemeinsam mit Vertretern der Gemeinde und den Vorständen des Gesangsvereins sowie des Obst- und Gartenbauvereins enthüllte er die Spendertafeln im Garten des Gemeindehauses.